IMT Nuremberg Archives

H – 2094

International Court of Justice

INTERNATIONAL [illegible] TRIBUNAL
NURNBE[illegible] ERMANY
Ri Exhibit 149
April 10 Filed 1946
"Exhibit Ri. Nr. ..." 149

Abschrift

aus dem Weissbuch des Auswaertigen Amts 1939 Nr. 2
Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 200.

Unterredung des Fuehrers mit dem Polnischen Ausserminister Beck im Beisein des Reichsministers des Auswaertigen, des Deutschen Botschafters in Warschau und des Polnischen Botschafters in Berlin.
Berchtesgaden, 5. Januar 1939.

Aufzeichnung des Gesandten Schmidt.

Oberst Beck unterstrich einleitend die Tatsache, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der Septemberkrise ihre Probe voll und ganz bestanden haetten. Wenn sich in den letzten Monaten vielleicht ein gewisses Absinken von dem hohen Niveau der Septembertage bemerkbar gemacht haette, so solle man sich nach Ansicht der Polnischen Regierung auf beiden Seiten bemuehen, die Ursachen einiger Schwierigkeiten aus dem Wege zu raeumen, die sich in der letzten Zeit ergeben haetten. Als eine dieser Schwierigkeiten erwaehnte Herr Beck die Danziger Frage und betonte dabei, dass hier nicht nur die Deutsche und die Polnische Regierung, sondern auch dritte Parteien, wie unter anderem auch der Voelkerbund, in Frage kaemen. Was haette z.B. zu geschehen, falls sich der Voelkerbund aus seiner Danziger Rolle einmal zurueckzoege? Auch sonst gaebe es noch einige weitere Fragen, in denen bestehende Missverstaendnisse beseitigt werden sollten, u.a. die Garantierung der tschechoslovakischen Grenze, und zwar ob sie sofort erfolgen solle oder, wenn ueberhaupt, zu welchem Zeitpunkt sie in Aussicht genommen waere. Besonders sei Polen in diesem Zusammenhang an der Karpatho-Ukrainischen Frage interessiert. Er erinnere an ein Wort Pilsudkis "von der Balkanisierung Mitteleuropas." Polen erkenne in den Agitatoren, die sich auf dem jetzigen karpatho-ukrainischen Territorium betaetigten, alte Feinde wieder und fuerchtete, dass die Karpatho-Ukraine sich moeglicherweise einmal zu einem Herd derartiger Beunruhigung fuer Polen entwickeln koenne, dass sich die Polnische Regierung zu einem Einschreiten veranlasst sehen waerde, aus dem sich weitere Komplikationen ergeben koennten. Dies sei der hauptsaechlichste Grund fuer das Streben Polens nach einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gewesen.

Der Fuehrer erwiderte, dass zur Bereinigung aller bestehenden Schwierigkeiten zunaechst einmal auf die Grundtendenz des deutsch-polnischen Verhaeltnisses zurueckgegriffen werden muesste. Von deutscher Seite koenne er betonen, dass sich in dem Verhaeltnis Deutschlands zu Polen, wie es sich auf Grund der Nichtangriffserklaerung vom Jahre 1934 darstelle, nicht das geringste geaendert habe. Was insbesondere die Frage der Karpatho-Ukraine angehe, so koenne er im Hinblick auf die Deutschland in der Weltpresse unterschobenen Absichten erklaeren, dass Polen in dieser Hinsicht nicht das geringste zu befuerchten haette. Deutschland haette jenseits der Karpathen keine Interessen und es sei ihm gleichgueltig, was die an diesen Gebieten interessierten Laender dort taeten. Die im Zusammenhang mit dem Wiener Schiedsspruch von Deutschland in der ukrainischen Frage eingenommene Haltung, die in Polen vielleicht zu gewissen Missverstaendnissen gefuehrt habe, erklaere sich aus der historischen Entwicklung dieser Angelegenheit. Dieser Schiedsspruch sei nach Anhoerung beider Parteien auf der Grundlage der ungarischen Forderungen durchgefuehrt worden. Sein (des Fuehrers) Wunsch, auf keinen Fall einen internationalen Konflikt zuzulassen, sei letzten Endes der ausschlaggebende Grund fuer seine Haltung in der ukrainischen Frage gewesen.

H2094 - 0002

H2094 - 0003

Was das deutsch-polnische Verhaeltnis im einzelnen angehe, so wolle er noch einmal wiederholen, dass sich an der deutschen Einstellung gegenueber Polen seit 1934 nichts geaendert habe. Um zu einer endgueltigen Bereinigung der zwischen beiden Laendern noch schwebenden Fragen zu gelangen, duerfe man sich nicht auf die mehr negative Abmachung vom Jahre 1934 beschraenken, sondern muesse die einzelnen Probleme einer endgueltigen vertraglichen Regelung zuzufuehren suchen. Von deutscher Seite gaebe es ausser der Memelfrage, die ihre Regelung in deutschem Sinne finden wuerde (es habe den Anschein, dass die Litauer an einer vernunftsgemaessen Loesung mitwirken wollten), im direkten deutsch-polnischen Verhaeltnis das fuer Deutschland gefuehlsmaessig sehr schwierige Problem des Korridors und Danzig zu loesen. Man muesse seiner Ansicht nach von alten Schablonen abweichend hier Loesungen auf ganz neuen Wegen suchen. So koenne man sich im Falle Danzig z.B. eine Regelung denken, nach der diese Stadt politisch wieder, dem Willen ihrer Bevoelkerung entsprechend, der deutschen Gemeinschaft zugefuehrt wuerde, wobei selbstverstaendlich die polnischen Interessen besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, voll und ganz gewahrt werden muessten. Dies sei ja auch Danzigs Interesse, denn Danzig koenne wirtschaftlich ohne Hinterland nicht leben, und so daechte er, der Fuehrer, an eine Formel, nach der Danzig politisch zur deutschen Gemeinschaft gelange, wirtschaftlich aber bei Polen bliebe.

Danzig sei deutsch, werde stets deutsch bleiben und frueher oder spaeter zu Deutschland kommen.

Bezueglich des Korridors, der, wie erwaehnt, fuer Deutschland ein schweres psychologisches Problem darstelle, wies der Fuehrer darauf hin, dass fuer das Reich die Verbindung mit Ostpreussen, ebenso wie fuer Polen die Verbindung mit dem Meer, lebenswichtig sei. Auch hier koenne man vielleicht beiden Interessen durch Verwendung voellig neuer Loesungsmethoden gerecht werden.

Wenn es gelaenge, auf dieser vernuenftigen Grundlage eine endgueltige Bereinigung der Einzelfragen herbeizufuehren, wobei selbstverstaendlich jeder der beiden Partner zu seinem Recht kommen muesse, dann waere der Zeitpunkt gekommen, auch Polen gegenueber die mehr negative Erklaerung von 1934 in einem positiven Sinne aehnlich den Abmachungen mit Frankreich dadurch zu ergaenzen, dass nunmehr von deutscher Seite eine klare, vertraglich festgelegte Grenzgarantie an Polen gegeben wuerde. Polen wuerde dann den grossen Vorteil erhalten, seine Grenze mit Deutschland einschliesslich des Korridors - der Fuehrer unterstrich noch einmal die psychologische Schwierigkeit dieses Problems und die Tatsache, dass nur er es einer solchen Loesung zufuehren koenne - vertraglich gesichert zu bekommen. Es sei fuer ihn (den Fuehrer) nicht ganz einfach, eine derartige Garantie des Korridors zu geben, und er wuerde deshalb sicherlich, besonders von der buergerlichen Seite, ziemlich kritisiert werden. Aber als Realpolitiker glaube er doch, dass eine derartige Loesung die beste waere. Genau so wenig wie man heute von Suedtirol oder von Elsass-Lothringen spreche, wuerde man dann vom polnischen Korridor hoeren, wenn Deutschland einmal seine Garantie gegeben haette.

Der Polnische Aussenminister Beck dankte dem Fuehrer fuer die Darlegung des deutschen Standpunktes und erklaerte, dass auch Polen absolut an seiner bisherigen Einstellung Deutschland gegenueber festhalte.

Polen wuerde die Linie der unabhaengigen Politik weiter verfolgen, die es bereits in frueheren Jahren geuebt haette, als man Polen dazu veranlassen wollte, sich auf dem Wege ueber einen Ostpakt naeher mit Russland zu verbinden. Polen sie zwar in bezug auf

H2094 – 0004

die Erhoehung seiner Sicherheit nicht so nervoes wie Frankreich und halte nichts von den sogenannten "Sicherheitssystemen", die nach der Septemberkrise endgueltig abgewirtschaftet haetten, was einen Wendepunkt der Geschichte bedeutet. Er wisse aber die in der von Fuehrer soeben abgegebenen Erklaerung erneut zum Ausdruck gebrachte deutsche Einstellung sehr wohl zu wuerdigen. Er halte auch seinerseits an der alten Linie Deutschland gegenueber fest.

Was das deutsch-polnische Verhaeltnis angehe, so nehme er von den vom Fuehrer ausgesprochenen Wuenschen Kenntnis. Die Danziger Frage erscheine ihm jedoch ausser ordentlich schwierig. In diesem Zusammenhang muesse man besonders die oeffentliche Meinung in Polen in Rechnung stellen. Dabei sehe er ganz von der Haltung der "Kaffehausopposition" ab. Waehrend seiner siebenjaehrigen Amtszeit habe er sich nicht im geringsten um die Kaffeehausmeinung gekuemmert und sei immer noch im Amt. Er muesse jedoch auf die wirkliche Meinung des Volkes Ruecksicht nehmen und sehe hier allerdings Schwierigkeiten fuer eine Loesung der Danziger Frage. Er wolle jedoch das Problem gern einmal in Ruhe ueberlegen.

Auf die uebrigen vom Fuehrer aufgeworfenen deutsch-polnischen Fragen ging Oberst Beck nicht naeher ein, sondern beschloss seine Ausfuehrungen mit der erneuten Bekraeftigung, dass in der allgemeinen Einstellung Polen nach wie vor der seit 1934 befolgten Linie treu bleiben wuerde.

Schmidt

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1946

Filed
10 April 1946
L[illegible]mann

H-2094

Ri=Exhibit Nr. 149

Dokumentenbuch Seite

Dokumente Joachim von R i b b e n t r o p

H2094 – 0005